

GRÜNE SEITEN

Grafrath · Kottgeisering · Moorenweis · Schöngeising | September 2021
Informationen zur Bundestagswahl am 26. September

#klimaschutz

Klartext Steuerpolitik / 2

Windkraft und Energiewende / 4

Gesunde Landwirtschaft –
gesunde Lebensmittel / 6

Hilfe für Menschen
aus Afghanistan / 8

U18-Wahl für Jugendliche / 8

**Am
Klimaziel
führt
kein Weg
vorbei**

**Deine
Stimme für
Grün!**



Klartext Steuerpolitik: Kinder und Klima im Fokus

Markus Söder sagte bei der Vorstellung des Wahlprogramms von CDU/CSU auf die Frage, wie die ganzen versprochenen Wohltaten finanziert werden sollen, sinngemäß: *Nach der Wahl machen wir erst mal einen Kassensturz und schauen, was dann geht.* (21.6.2021)

Wir GRÜNE sind ehrlicher und sagen Ihnen schon jetzt, wo der Staat investieren muss und woher das Geld kommen soll. Steuerpolitik muss vor allem sozial gerechter werden, denn die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander: Seit 1990 hat sich das Vermögen der Reichsten verdoppelt. Nach Angaben des DIW gehört Deutschland innerhalb des Euroraums zu den Staaten mit der höchsten Vermögensungleichheit. Unsere Ziele sind Klimaschutz, eine bessere Bildung für unsere Kinder und ein sozial gerechteres Steuersystem. Das geht nicht, wenn die oberen Einkommen weiter entlastet werden und allein der Mittelstand zahlt, so wie CDU/CSU es vorhaben. Wir GRÜNEN machen Vorschläge für eine sozial-ökologische Steuerreform, die Familien entlastet und klimafreundliches Wirtschaften belohnt.

Hier in Kürze **die GRÜNEN Vorhaben in der Steuerpolitik:**

- **Wir wollen den Grundfreibetrag erhöhen, auf den keine Steuern bezahlt werden. Im Gegenzug soll der Steuersatz für Single-Einkommen ab 100.000 Euro und für Paare ab 200.000 Euro angehoben werden.**
- **Die steuerlichen Kinderfreibeträge werden in eine Kindergrundsicherung für alle Kinder zusammengefasst. Das heißt, die Logik „je höher das Einkommen, desto höher das Kindergeld durch Steuerersparnis“ wird umgekehrt: Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag.**
- **Kapitalerträge sollen wieder wie Arbeitseinkommen mit dem persönlichen Einkommensteuersatz belegt werden.**
- **Klimaschädliche Subventionen wie die Steuervergünstigung von Dienstwagen mit hohem CO₂-Ausstoß, Flugbenzin und Diesel wollen wir abbauen.**
- **Die Besteuerung von Energie wollen wir an den CO₂-Ausstoß koppeln. Die Mehreinnahmen werden den Bürger*innen als Energiegeld zurückgezahlt. Je weniger CO₂ jemand ausstößt, desto mehr bleibt vom Energiegeld netto übrig.**
- **Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer würde den Bundesländern viel Geld bringen, das sie für digitale Bildung, mehr Lehrkräfte, kleinere Klassen, besser ausgestattete Hochschulen und andere Bildungsaufgaben einsetzen können. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Damit wird niemandem das Vermögen genommen, sondern nur der jährliche Wertzuwachs verlangsamt! Für Betriebsvermögen werden wir Begünstigungen im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen.**

Benzinpreis und Energiegeld - sozialer als gedacht

Mit dem CO₂-Preis sollen die Kosten der Klimakatastrophe dem Verursacher angerechnet werden. Die Große Koalition hat zum 01.01.2021 einen CO₂-Preis von zunächst 25 Euro je Tonne eingeführt. Der CO₂-Preis soll in den kommenden Jahren schrittweise weiter steigen. Wir GRÜNE wollen die bereits beschlossene Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen.

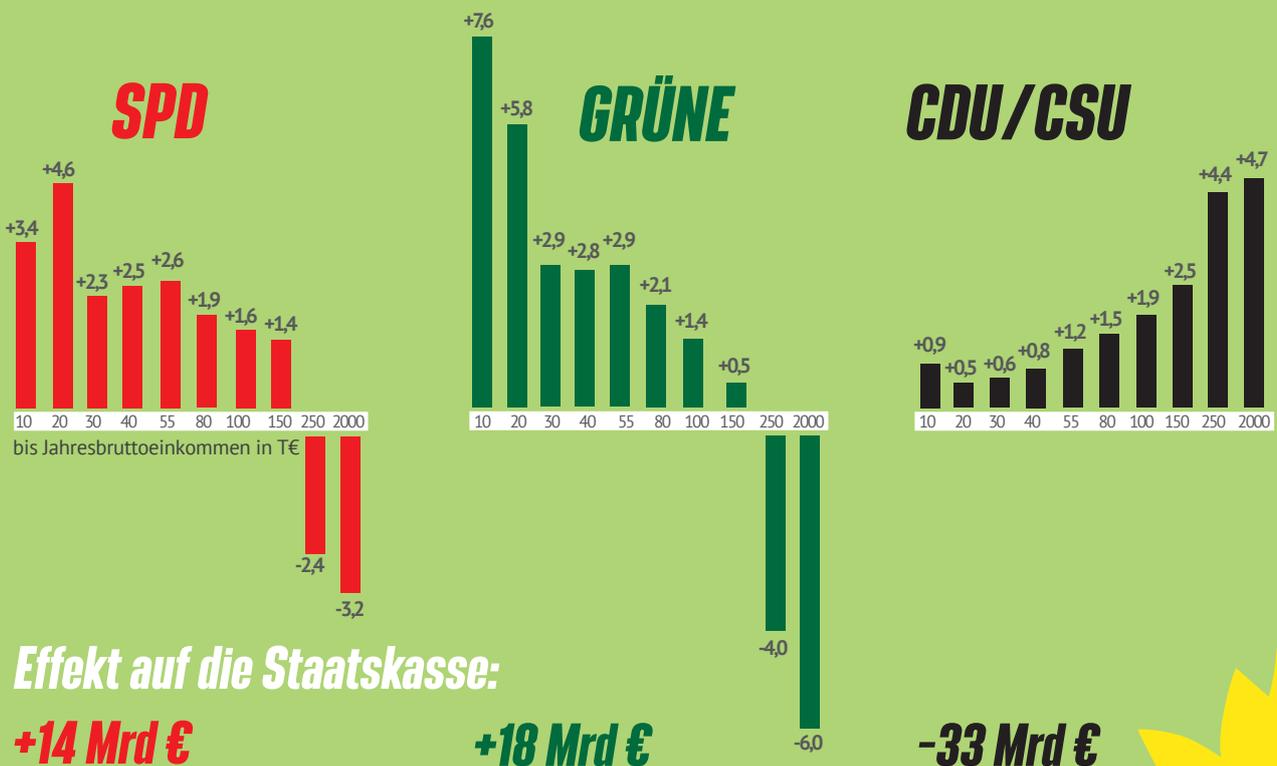
Was bedeutet das konkret für den Benzinpreis und Heizkosten?

Mit dem CO₂-Preis 2021 von 25 Euro je Tonne ist Benzin bereits um 6 Cent, Diesel um 7 Cent, Heizöl um 7 Cent je Liter und Erdgas um 5 Cent je Kubikmeter teurer geworden. Ein CO₂-Preis von 60 Euro würde bedeuten: Benzin würde sich noch einmal um 10 Cent verteuern (insgesamt 16 Cent), Diesel um

weitere 11 Cent (insgesamt 18 Cent), Heizöl um 12 Cent (insgesamt 19 Cent), Erdgas um 9 Cent (insgesamt 14 Cent).

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Jede*r Bürger*in erhält eine gleiche Rückerstattung pro Jahr. Wir geben so über das Energiegeld alle zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt. Klimafreundliches Verhalten wird belohnt und es findet ein sozialer Ausgleich statt. Unterm Strich werden Geringverdiener*innen und Familien entlastet, denn je geringer das Einkommen, desto weniger CO₂ wird durchschnittlich verbraucht und desto mehr bleibt vom ausbezahlten Energiegeld im Portemonnaie.

Veränderung des verfügbaren Jahreseinkommens in % auf Basis der Wahlprogramme



Quelle: ZEW-EviSTA (zew.de)

Frischer Wind für die Energiewende *dringend benötigt*

Vermeintliche Gefahren von Windrädern Behauptungen & Wirklichkeit

„Der von Windrädern ausgehende **Infraschall** ist eine gesundheitliche Gefahr für den **Menschen**.“

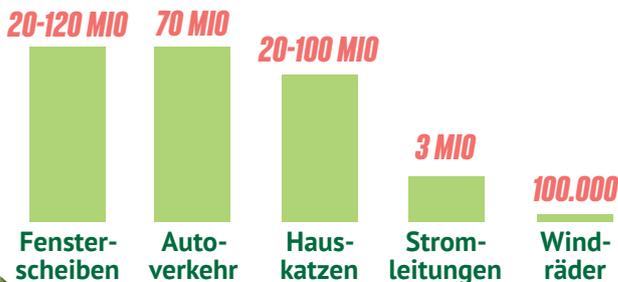
Ein Rechenfehler erschuf den Mythos. Korrektur 2021: Der Infraschall wurde um das 4000-fache zu hoch angenommen.

Tatsächliche Infraschallbelastung im Vergleich:

27 Jahre Wohnen in 300 m Abstand zu einem Windrad

„Windräder stellen eine massive Gefahr für **Vögel** dar.“

Anzahl getöteter Vögel in Deutschland pro Jahr durch ...



Sensorentechnik verhindert das Eindringen von Vögeln in den Rotationsraum, sodass Windräder abgeschaltet werden.

„Windräder stellen eine massive Gefahr für **Fledermäuse** dar.“

Zu Nist- und Fluggebieten von Fledermäusen muss Schutzabstand eingehalten werden. Zusätzlich werden Windräder abgeschaltet, wenn mit Fledermausflug zu rechnen ist – vor allem in lauen Sommernächten, in denen auch nur wenig Wind weht.

„Die **Produktion** eines Windrades erzeugt **mehr CO₂** als sein **Betrieb einspart**.“



Quellen und weitere Infos: <https://gruenlink.de/28p7>



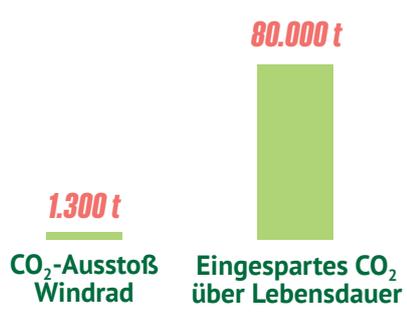
ern -

= 3,5 Stunden Autofahrt

chnologien messen Vögeln in den Sicherheitswindräder dann punktuell getestet werden können.

ines
ugt
ein
t.“

Nach einer Laufzeit von rund 3 Monaten hat sich der CO₂-Ausstoß der Produktion amortisiert.



Nur knapp 30 Prozent des Stroms im Landkreis FFB wird derzeit durch Erneuerbare Energien erzeugt. Dabei hat der Landkreis 2000 beschlossen, sich bis 2030 vollständig aus Erneuerbaren Energien zu versorgen. Von diesem Ziel sind wir heute – nach gut 20 Jahren – leider noch meilenweit entfernt! Unser Landkreis liegt beim Anteil der Erneuerbaren im Strom-Mix deutlich hinter dem bayerischen (52 Prozent) und deutschen Schnitt (46 Prozent). Fakt ist: Ohne Windkraft ist das Ziel des Landkreises nicht zu erreichen.

Politische Rahmenbedingungen wie 10 H bremsen den Ausbau in Bayern massiv

Nach einem Boom der Windenergie in Deutschland Anfang der 10er Jahre – in dessen Zuge 160.000 Arbeitsplätze in der Branche entstanden – brach der deutsche Windausbau um das Jahr 2017 weitestgehend ein. Hauptgrund waren dabei bremsende politische Entscheidungen, wie Ausschreibungspflicht für Neuanlagen, Abstandsregelungen und umfangreiche Klagemöglichkeiten. Dabei traf es die Branche in Bayern besonders hart: In Spitzenzeiten wurden hier 150 neue Anlagen pro Jahr genehmigt, im Jahr 2020 waren es nur noch drei.

Wichtig ist Aufklärung zu Windrädern

Viele Menschen haben Fragen zu Windrädern, über die gesprochen werden muss. Leider kursieren viele Fehlinformationen wie die komplett falsch berechneten Daten zum Infraschall (siehe Grafik).

Der Fall Mammendorf verdeutlicht sehr gut, wie ein Windrad von den Menschen vor Ort so gut angenommen wird, so dass weitere Anlagen gewünscht werden: Das bestehende Windrad übertrifft alle Erwartungen und liefert im Jahr 6,6 Mio kWh Strom – genug Strom für den Privatverbrauch aller 5000 Einwohner*innen! Die Gemeinde profitiert davon auch finanziell. Das Windrad ist im Ort akzeptiert – trotz Abständen von teilweise nur 800 m. Es gibt sogar große Zustimmung für ein weiteres Windrad, aber die Pläne dafür ruhen derzeit. Ein Grund ist der Windenergie-Erlass der Landesregierung, der eine Klagewelle gegen Windräder ausgelöst hat. Ein weiterer Verhinderungsgrund sind die unbegründet abgesenkten Radarführungsmindesthöhen für den militärischen Flugverkehr.

Es fehlt der Bayerischen Regierung der Wille, die Energiewende ambitioniert zu gestalten. Ihr Festhalten an der 10H-Regel und am schwammig formulierten Windenergie-Erlass haben den Windkraftausbau in Bayern derzeit quasi unmöglich gemacht.

Notwendige Maßnahmen für den Ausbau Erneuerbarer Energien:

- Planungs-, Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren vereinfachen und beschleunigen
- Weiternutzung bestehender Anlagen erleichtern
- Bürger*innenbeteiligung vor Ort fördern, durch genossenschaftliche Betreibermodelle und durch finanzielle Anreize



Landwirtschaft stärken für die Zukunft

Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

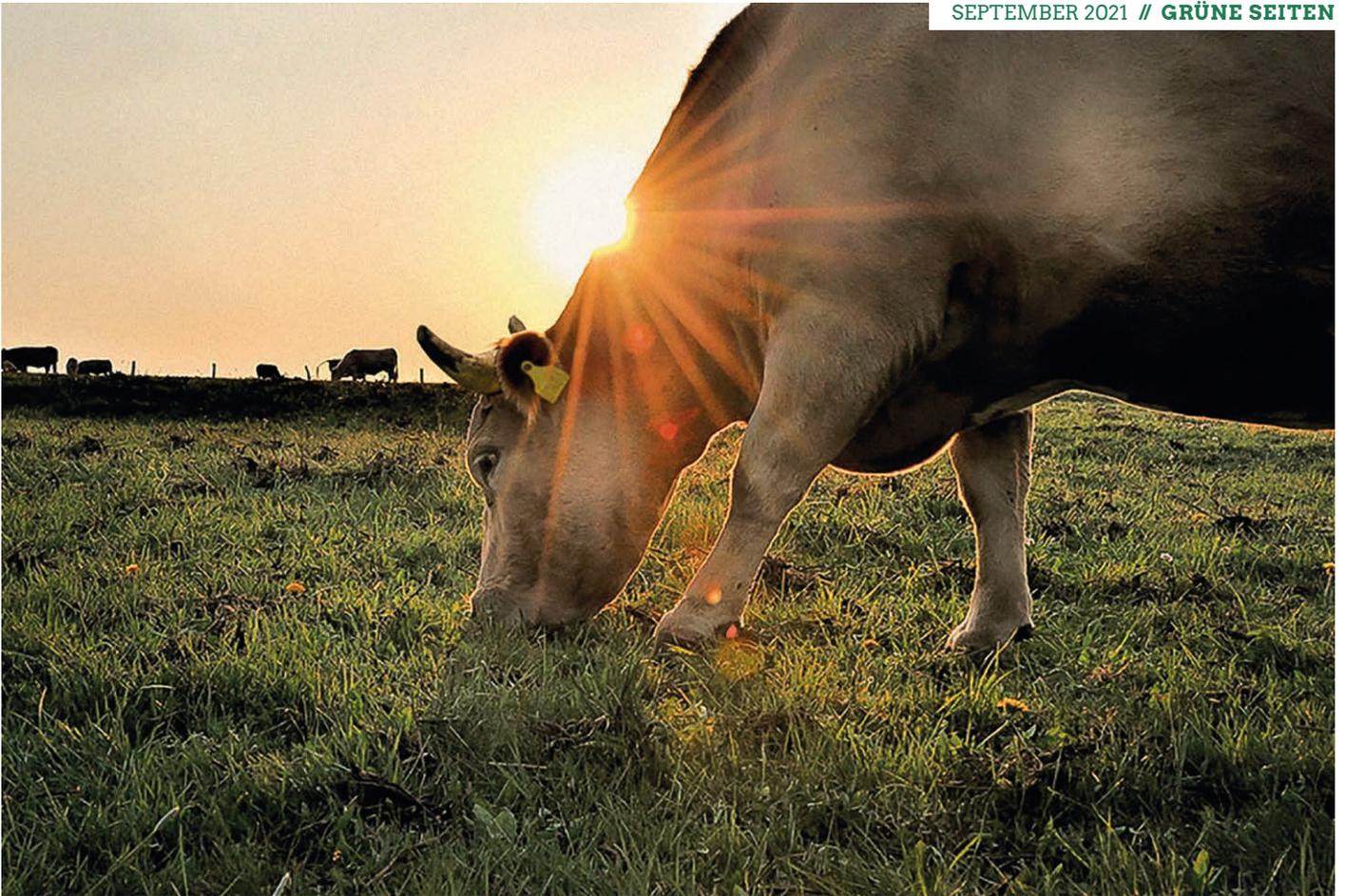
Die gemeinsame Agrarpolitik der EU fördert trotz der jüngst beschlossenen Änderungen immer noch schwerpunktmäßig die Industrialisierung der Landwirtschaft. Ein Großteil der Subventionen ist an die Land- oder Betriebsgröße gekoppelt. So wird eine kleinteilige Landwirtschaft aus dem Markt gedrängt.

Wir möchten hingegen mit Hilfe der EU-Agrarpolitik vor allem eine sozialökologische Landwirtschaft unterstützen. Die Landwirtschaft muss mit den immensen Herausforderungen durch die Klimaerhitzung zurechtkommen. Um unsere Ernährung langfristig zu sichern, ist es

Solidarische Landwirtschaft
Eine Gruppe von Verbraucher*innen kooperiert auf regionaler Ebene mit landwirtschaftlichen Erzeuger*innen. Ziel ist dabei, gesunde, ökologische Lebensmittel zu produzieren und das Risiko auf die gesamte Gruppe zu verteilen. So geben Verbraucher*innen Abnahme- oder Preisgarantien und erhalten im Gegenzug Einblick und Einfluss auf die Produktion. In Frankreich arbeiten bereits mehr als 2.000 solidarische Genossenschaften. In unserer Region gibt es eine kleine Solidarische Landwirtschaft in Mammendorf.

nötig, die Böden, die Natur und die Artenvielfalt zu schützen. Dies muss bei gerechter Lastenverteilung und unter Einhaltung von Tierwohlkriterien umgesetzt werden. Wichtig ist, dass kleinbäuerliche Strukturen und mittelständische Betriebe beispielsweise durch regionale Vermarktungskonzepte gestärkt werden. In unserem Landkreis gibt es schon viele Initiativen: Mit Hofläden, Milchautomaten oder durch solidarische Vermarktung machen sich Landwirt*innen

nötig, die Böden, die Natur und die Artenvielfalt zu schützen. Dies muss bei gerechter Lastenverteilung und unter Einhaltung von Tierwohlkriterien umgesetzt werden. Wichtig ist, dass kleinbäuerliche Strukturen und mittelständische Betriebe beispielsweise durch regionale Vermarktungskonzepte gestärkt werden. In unserem Landkreis gibt es schon viele Initiativen: Mit Hofläden, Milchautomaten oder durch solidarische Vermarktung machen sich Landwirt*innen



unabhängiger von Preisverfall und derzeitigen Subventionen. Hierfür wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern, damit Dumpingpreise für Lebensmittel der Vergangenheit angehören.

Unsere Ziele für eine zukunftssichere Landwirtschaft:

Umwelt- und Klimaschutz

- 30 % Ökolandbau bis 2030, danach stetig steigend
- Schrittweise Umschichtung der flächenabhängigen EU-Direktzahlungen in Umwelt- und klimabezogene Gemeinwohlprämien
- Stärkung der Agrarforschung und Züchtung von robustem Saatgut; keine Patente auf Lebewesen
- Bundeseigene Bodenflächen nicht privatisieren, sondern vorzugsweise an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachten

Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe

- Förderung für Landwirt*innen im Umbauprozess finanziert z.B. über „Tierschutz“-Cent auf tierische Produkte
- Förderung von regionaler Vermarktung und Regionalsiegeln
- Möglichkeiten des Kartell- und Wettbewerbsrechts gegen Dumpingpreise bei Lebensmitteln nutzen

Tierwohl

- **Haltung von weniger Nutztieren mit deutlich besseren Haltungsbedingungen**
- **Wirkungsvolle Sanktionen bei Tierschutzvergehen**

Pflanzenschutz

- Pestizideinsatz deutlich durch Pestizidabgabe verringern; Verbot von Glyphosat
- Forschungsprogramm für nicht-chemischen Pflanzenschutz

Verbraucherschutz

- Klare Kennzeichnung von Lebensmitteln bzgl. Tierwohl, Herkunft, Nährwert und ökologischem Fußabdruck
- Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030

www.gruene.de/programm



Wählen geht bereits seit dem 6. August.

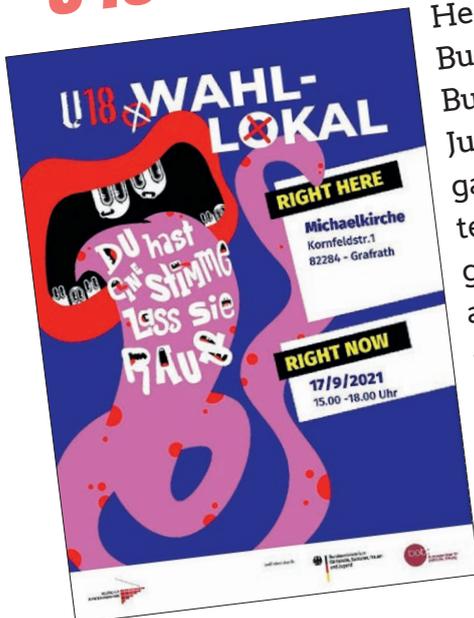
Alle Infos auf:
gruene.de/briefwahl

Annalena Baerbock & Robert Habeck zu Afghanistan



„Schon im April haben wir Grünen im Bundestag eine frühzeitige Evakuierung der Ortskräfte beantragt. Noch im Juni haben Union und SPD diesen Antrag abgelehnt – Nichthandeln war und ist verantwortungslos. Der Schutz der bedrohten Ortskräfte, von Mitarbeitenden in Botschaften und NGOs, von Journalist*innen und Frauenrechtsaktiven darf auch nicht an bürokratischen Definitionen scheitern. Menschen, die die Bundeswehr jahrelang unterstützt und ihr Leben riskiert haben, ihre Angehörigen und natürlich deutsche Staatsbürger*innen müssen unbedingt aus Afghanistan ausgeflogen werden. Wenn der Westen schon die Hoffnung vieler Menschen in Afghanistan auf Freiheit enttäuscht hat, sollten wir nicht auch noch ihren Anspruch auf Schutz aufgeben.“

U 18-Bundestagswahl 2021 in Grafrath



Herzliche Einladung an alle U18-Jugendlichen zur U18-Bundestagswahl in Grafrath! Du kannst vor der „richtigen“ Bundestagswahl deine Stimme abgeben und zeigen, was Jugend politisch für wichtig hält. U 18-Wahlen werden in ganz Deutschland immer neun Tage vor einem offiziellen Wahltermin abgehalten. Die Ergebnisse werden in eine Software eingegeben und gesammelt veröffentlicht. Mitmachen können ausnahmslos ALLE Minderjährigen, die am Ort wohnhaft sind. In Grafrath organisieren **Jugendbeirat und Evangelische Jugend** die U18-Bundestagswahl 2021. Du kannst am **Freitag, 17.09.2021, von 15 bis 18 Uhr** in den Räumen der evangelischen Michael-Kirche in Grafrath wählen. **Informiere Dich unter u18.org!**